

Trendwende zum Nachteilsausgleich

NACHGEFRAGT bei Karola Stange, Sprecherin der Linksfraktion für Behindertenpolitik

Der Landtag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes beraten. In drei Schritten soll bis 2018 das Landesblindengeld von jetzt 270 Euro auf 400 Euro angehoben werden. Damit wird ein weiteres Vorhaben aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag umgesetzt. Sie haben im Landtag von einer echten Trendwende gesprochen, warum?

Weil ein wirklicher Nachteilsausgleich erreicht wird, der zuvor unter den CDU-geführten Vorgängerregierungen in Thüringen nicht möglich war. Im Gegenteil, da gab es sogar eine Zeit, da war das Blindengeld vollständig gestrichen worden. Übrigens ein Verfassungsbruch, denn die Thüringer Verfassung schreibt in Artikel 2 Abs. 4 die Pflicht eines konkreten Nachteilsausgleichs für Menschen mit Behinderung vor.

Überfällig war auch, dass nun mit den Taubblinden eine Gruppe von Sinnesbehinderten in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen wird, die bisher leer ausgegangen ist. Thüringen wird damit vom Schlusslicht zu einem Bundesland im Mittelfeld des Ländervergleichs. Die Anhebung des Nachteilsausgleichs ist auch angesichts der Verpflichtungen des Landes zur Umsetzung des UN-Abkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dringend geboten.

Sie haben im Landtag darauf hingewiesen, dass mehr als 11.000 Menschen in Thüringen als Blinde bzw. Sehbehinderte eine Anerkennung nach dem Schwerbehindertengesetz haben. Welche Begründung gibt es, dass nicht alle vom Blindengeld profitieren?

Aus Gleichbehandlungsgründen muss die Sehbehinderung trotz „Restsehfähigkeit“, so der Fachbe-



griff, der Situation eines blinden Menschen entsprechen. Wir wissen, genau das ist ein Problem, denn eine Vielzahl von hochgradig sehbehinderten Menschen wartet auf einen Nachteilsausgleich in Form eines Blindengeldes oder eines Nachteilsausgleichs. Ich kann da nur meinen Kollegen der Koalitionsfraktionen zu-

stimmen, an der Stelle hätten wir gehofft, dass mit dem Bundesteilhabegesetz ein Nachteilsausgleich für alle Menschen mit Behinderungen kommt. Das scheint in dem jetzigen Gesetzentwurf nicht so angedacht zu sein. Aber wir sagen auch, Blindengeld für die circa 4.100 oder 4.200 anspruchsberechtigten Thüringerinnen und Thüringer ist kein Almosen, es ist nicht nach Gutdünken oder Haushaltslust zu verteilen. Finanzielle Nachteilsausgleiche sind für sinnesbehinderte Menschen von besonderer Bedeutung, weil sie in starkem Maße auf spezielle Hilfsmittel angewiesen sind, um möglichst selbstbestimmt im Alltag zu sein und am Leben der Gesellschaft uneingeschränkt teilnehmen zu können.

Daher auch drängen Sie auf das Gehörlosengeld?

Entsprechende seit Jahren von Behindertenverbänden und Selbstvertretungen der Gehörlosen erhobene Forderungen sind voll und ganz berechtigt. Es darf keine Diskriminierung zwischen den einzelnen Betroffenenengruppen von behinderten Menschen geben. Auch Gehörlose - laut Landesamt für Statistik sind 873 Personen nach dem Schwerbehindertengesetz als gehörlos anerkannt - haben nach dem UN-Behindertenrechtsabkommen und der Thüringer Verfassung ein Recht auf diese Nachteilsausgleiche.

Foto: Karola Stange (M.) bei einer Demo im Frühjahr vor dem Landtag. ■

Unterstützung für Schulhof-Projekt

Eine Spende der Alternative 45 Erfurt e.V., des Vereins der Landtagsabgeordneten der Fraktion übergab Michael Lemm, Vorsitzender des LINKE-Kreisverbandes Wartburgkreis-Eisenach, zusammen mit Julian Schmidt, Mitarbeiter im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx., im Namen der LINKE-Landtagsabgeordneten Kati Engel dem Förderverein der Oststadtschule Eisenach, staatliche Gemeinschaftsschule e.V.

Mit dem Geld wird das Projekt „Schulhof als aktiver Lern- und Erfahrungsraum“ unterstützt. Ziel des Projektes ist es, den Schulhof so umzugestalten, dass er für die Schülerinnen und Schüler tatsächlich zu einem Raum für Bewegung und gemeinsames Erleben werden kann.

Aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Landesverfassung – eine Klage der Fraktion war leider nicht erfolgreich – haben 1995 die Landtagsabgeordneten der PDS (heute DIE LINKE) den Verein Alternative 54 Erfurt e.V. gegründet, der Gelder aus den Diäten-Erhöhungen als Spenden gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Projekten zukommen lässt.

Allein im September hat die Alternative 54 an 26 Vereine und Verbän-



de in Thüringen Zuwendungen in einer Gesamtsumme von 10.300 Euro ausgereicht. Bisher wurden in diesem Jahr 173 Projekte mit 65.700 Euro gefördert, besonderes Augenmerk lag auf Vorhaben im Bildungsbereich.

Seit Gründung des Vereins vor 21 Jahren wurden mehr als 1,1 Millionen Euro aus den Abgeordneten-Diäten gespendet.

Foto (v.l.n.r.): Antje Peter-Biehl (Vorsitzende Förderverein der Oststadtschule), Julian Schmidt (Mitarbeiter im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx.), Josephine Ebert (Schulsprecherin Oststadtschule), Katrin Hellmann (stellvertretende Direktorin Oststadtschule) ■

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

Emotionen statt Inhalt

Der Vorschlag der Landesregierung zur Gebietsreform in Thüringen ist veröffentlicht. Bei einem (dringend notwendigen) Vorhaben dieser Größenordnung ist es völlig normal, dass es auch Kritik gibt. Merkwürdig ist jedoch das weitgehende Fehlen inhaltlicher Argumente in aktuellen Stellungnahmen. Stattdessen viel Emotion mit bombastischen Übertreibungen. Auffällig ist, dass sich viele Besitzstandswahrer äußern.

Ein CDU-Bürgermeister jammert über eine „Katastrophe für unsere Heimat“. Gleichzeitig freut er sich über einen Beitritt zu seiner Landgemeinde im Rahmen der (finanziell geförderten) Freiwilligkeitsphase. Ist das glaubwürdig?

Diana Machalet, Vorsitzende der VG Riechheimer Berg, wütet in einer Regionalzeitung. Ihr ist es schon zu viel, dass Landtagsabgeordnete von ihren Rechten Gebrauch machen und sich per parlamentarischer Anfrage über die Haushaltssituation der VG informieren, nachdem sie selbst Informationen verweigert hatte. Willkommen in der Demokratie!

Im Weimarer Land droht der hinreichend berüchtigte Landrat Hans-Helmut Münchberg mit Klage. Das Amtsblatt des Kreises dürfte künftig wieder verstärkt die Spielwiese für seinen publizistischen Bekehrungswahn werden. Schon in der letzten Ausgabe des im Volksmund wegen der landrätlichen Ergüsse „Münchberg-Pravda“ genannten Pamphlets drückte er den Lesern gleich drei eigene Artikel aufs Auge.

Etwas anders reagiert man in Weimar. Dort werden Spaßgranaten gezündet. Ein „Lied“ soll die Kreisfreiheit retten. Dazu hat Hans-Peter Henning das berühmte „Rennsteiglied“ brutal vergewaltigt. Der neue Text, von dem Henning glaubt, er habe ihn „gedichtet“ (der Text ist mehr schlecht als recht gereimt), argumentiert, Weimar sei „so cool“. Nur gut, dass Goethe das nicht mehr erleben muss. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.